



PRESSEKLÄRUNG NR. 05/2007 DES CSD IN KONSTANZ E. V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei übersenden wir Ihnen folgende Presseerklärung zum CSD Südwest 2007 mit der dringenden Bitte um baldige Veröffentlichung:

CSD SÜDWEST – CSD AM SEE IN KONSTANZ AM 14. JULI 2007

UNSER FORDERUNGSKATALOG

GAYMEINSAMKEIT – LIEBE AN ALLEN UFERN !

Der Verein CSD Konstanz e.V. veranstaltet vom 08. bis 14. Juli 2007 eine kulturelle Woche zu LesBiSchwulen- sowie Transsexuellen- und Transgender - Themen. Die Woche findet ihren Höhepunkt am Samstag, den 14. Juli mit der traditionellen Demonstration durch die Konstanzer Altstadt.

Unter dem Motto „GAYMEINSAMKEIT – LIEBE AN ALLEN UFERN!“ soll in Konstanz beim CSD Südwest gezeigt werden, dass wir gemeinsam, ungeachtet welcher Minderheit angehörend, für ein gerechtes, gleichgestelltes Leben ohne Diskriminierung kämpfen.

Der CSD dient dazu, die politischen und gesellschaftlichen Forderungen insbesondere der Lesben, Schwulen, Transgender, Bi- und Transsexuellen öffentlich darzustellen und Aufmerksamkeit für deren Belange zu wecken. Die nachfolgenden Forderungen sollen nicht nur einseitig Druck auf Politik und Öffentlichkeit ausüben, sondern sind als konstruktive Diskussionsgrundlage zwischen der Bevölkerung und den beim CSD vertretenen Gruppen anzusehen.

Unsere Forderungen sind

- 1) Akzeptanz statt Toleranz!
- 2) Entschiedenes Vorgehen gegen Rechtsextremismus und diskriminierungsbedingte Gewaltverbrechen!
- 3) Die absolute Angleichung von Rechten und Pflichten der eingetragenen Lebenspartnerschaft an die Ehe!
- 4) Ein Adoptionsrecht, bei dem allein das Wohl des Kindes im Vordergrund steht!
- 5) Die Öffnung des Standesamtes für Verpartnerungen!
- 6) Eine Reform und darauffolgende konsequente Umsetzung des Transsexuellengesetzes!
- 7) Das Recht intersexueller Menschen zur Selbstbestimmung!
- 8) Eine progressive und vielfältige Sexualpädagogik an Bildungseinrichtungen!
- 9) Deutliche Unterstützung für Gesundheitsprävention und Programme gegen Diskriminierung!

CSD in Konstanz e.V.

c/o Stefan Baier

Postfach 5068
78429 Konstanz

☎ 0173 325 79 39
✉ stefanbaier@csd-konstanz.de
🌐 www.csd-konstanz.de

Rechnungsanschrift:

CSD in Konstanz e.V.

c/o Bettina Müller (Finanzen)

Gottlieb- Daimler-Str. 5
78467 Konstanz

Bankverbindung:

Kontoinhaber: Stefan Baier
Kontonr.: 7043797
Bezirkssparkasse Reichenau
Bankleitzahl: 690 514 10





- 10) Die Schaffung eines vorurteilsfreien Lebensraumes für ältere Homo-, Bi- und Transsexuelle!
- 11) ... an uns selbst...

1) Wir fordern Akzeptanz statt Toleranz!

Toleranz ist nur der Beginn oder die erste Stufe in einem Wandlungsprozess und bedeutet lediglich das Dulden anderer Weltanschauungen, Religionen, Lebensentwürfe und Überzeugungen. In den Grund- und Menschenrechten ist das Toleranzgebot in der Form von Gedanken-, Glaubens- und Gewissensfreiheit manifestiert.

Das große Ziel jedoch muss Akzeptanz sein – weg vom ertragen und geduldet sein, hin zur Akzeptanz! Viel hat sich in den vergangenen Jahren speziell in Deutschland in Sachen Toleranz und Akzeptanz getan, das Bewusstsein der Menschen gegenüber anderen Lebensentwürfen ist gewachsen, die Bereitschaft diese auch anzuerkennen ist gestiegen.

Dennoch: erste Schritte zu einer rechtlich weiter reichenden Gleichstellung sind nur ein Anfang und ändern noch nichts an bestehender Diskriminierung. Lesben, Schwule, Trans- und Bisexuelle haben immer noch, insbesondere außerhalb urbaner Gebiete, Schwierigkeiten ihre Persönlichkeit zu entfalten und ihren von der Norm abweichenden Lebensstil offen auszuleben.

Wir alle sind gefordert von der Toleranz zu einem Mehr an Akzeptanz zu kommen, d.h. Andersartigkeit innerhalb und außerhalb der eigenen Reihen zu akzeptieren und Diskriminierung entschlossen entgegenzutreten. Niemand darf aufgrund der sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung die Aufnahme des Diskriminierungsverbots in die Verfassung und somit eine Erweiterung des Gleichheitsartikels des deutschen Grundgesetzes um das Merkmal „sexuelle Identität“.^[1]

Wir fordern von der EU sich mit den rund 80 Staaten auseinanderzusetzen, die noch immer Homo-, Bi- und Transsexualität offen diskriminieren und strafrechtlich verfolgen. Wir fordern von allen EU - Mitgliedsstaaten, ganz besonders jedoch von Polen, sich an dem EG-Vertrag und dem u.a. von Deutschland ratifizierten Entwurf für eine Europäische Verfassung zu orientieren, welche ein Verbot der Benachteiligung aufgrund der sexuellen Identität enthalten.

2) Wir fordern entschiedenes Vorgehen gegen Rechtsextremismus und diskriminierungsbedingter Gewaltverbrechen

Wir fordern von allen Parteien, sich dafür einzusetzen, dass die Situation von Homo-, Bi- und Transsexuellen bei den staatlichen Programmen zur Gewaltprävention und Opferhilfe berücksichtigt wird. Verunglimpfungen von Menschen mit norm-abweichenden Lebensentwürfen sind nach wie vor an der Tagesordnung, wobei Migrantinnen und Migranten, sowie Menschen mit Behinderung besonders betroffen sind.

In diesem Zusammenhang fordern wir auf kommunaler Ebene mehr Kommunikation, z.B. an runden Tischen, um Benachteiligungen zu benennen und Strategien zu entwickeln um auch gemeinsam mit der Polizei physischer und psychischer Gewalt auf allen Ebenen entgegenzuwirken.

Rechtes Gedankengut bedroht das friedliche Zusammenleben aller Menschen. Daher betrachten wir es als unsere Aufgabe einer erstarkenden rechten Subkultur aktiv und engagiert entgegenzutreten, damit es Übergriffe wie auf die Podiumsdiskussion hier im Konstanzer Bürgersaal nicht mehr gibt!!!

Jeder Einzelne muss sich verpflichtet fühlen sich dem Gedankengut radikaler Gruppierungen zu widersetzen und energisch und aktiv gegen jede Art antidemokratischen Verhaltens einzutreten.

Wir fordern ein verschärftes Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden bei hassmotivierten Gewalttaten und den stärkeren Ausbau des Täter-Opfer-Ausgleichs.

Daher ist die Sicherung der Arbeit von Gewaltpräventionsgruppen und Unterstützung sozialpädagogischer Projekte zur Verhinderung von Gewaltverbrechen ein Muss.

3) Wir fordern die absolute Angleichung von Rechten und Pflichten des Lebenspartnerschaftsgesetzes an die Ehe

Wir fordern, dass sich die Parteien und die Politik auch nach der erfolgreichen Verabschiedung des Lebenspartnerschaftsgesetzes für die volle rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften einsetzen, nach dem Vorbild von Spanien oder den Niederlanden.

Wir fordern eine Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft zur Ehe in allen Bereichen des Lebens, in allen Pflichten wie auch Rechten, d.h. insbesondere die Gleichstellung in folgenden Bereichen:

Steuerrecht:

Einkommenssteuergesetz: insbesondere des Ehegattensplittings

Wir fordern eine grundlegende Reformierung und eine umfassende Gleichstellung in diesem Bereich des Einkommenssteuergesetzes. Beim Ehegattensplitting gelangen verheiratete Paare ohne Kinder zu größtem finanziellen Vorteil, dies ist inakzeptabel.

Wir fordern eine Reformierung hin zum Familiensplitting, da Art. 6 I GG nicht nur die Ehe, sondern auch die Familie unter den besonderen Schutz des Staates stellt.

In diesem Zuge fordern wir neben der traditionellen Familie aus verheirateten Eheleuten mit Kindern auch andere Formen des Zusammenlebens von Erwachsenen mit Kindern, wie nichteheliche [Lebensgemeinschaften](#) oder gleichgeschlechtliche [Lebenspartnerschaften](#) zu integrieren. Dieses Familiensplitting soll jenen einen steuerrechtlichen Vorteil verschaffen, die durch das Aufziehen von Kindern einen wesentlichen Beitrag für die Zukunft des Landes beitragen, ungeachtet Ihrer sexuellen Orientierung.

Schenkungs-, Erbschafts- und Gewerbesteuerrecht:

Wir fordern eine Berücksichtigung der eingetragenen Lebenspartnerschaften bei steuerlichen Vergünstigungen hinsichtlich des Schenkungs-, Erbschafts- und Gewerbesteuerrechts. Derzeit werden nur Ehegatten oder Verwandte in direkter Linie steuerlich bei Schenkungen, Erbe oder Grundstücksübergang begünstigt. Wir fordern eine Reformierung dieser Gesetzesregelung und explizit eine Erweiterung der Gesetzestexte „Ehegatte“ um den Zusatz „eingetragene/r Lebenspartner/in“.

Beamtenrecht:

Wir fordern eine grundlegende Änderung im Beamtenrecht. Verpartnerte Beamte haben ebenfalls einen Anspruch auf den Erhalt eines Verpartnerungszuschlags und der Beihilfeberechtigung. Diese Leistungen soll der/die Lebenspartner/in bekommen, selbst, wenn sie/er kein Beamter/keine Beamtin ist. Ähnliches gilt im Soldatengesetz, in dem ebenfalls nur ein/e verschiedengeschlechtliche/r Hinterbliebene/r Anspruch auf finanzielle Unterstützung hat. Dies ist nicht mehr zeitgemäß, daher fordern wir eine gründliche Überarbeitung des Gesetzes und eine umfassende Berücksichtigungen von „LebenspartnerInnen“.

Neben diesen für gleichgeschlechtliche Paare bedeutendsten abweichenden Rechtsbereichen gibt es weitere Unterschiede beim Antragsrecht des Lebenspartners im Verschollenheitsgesetz, bei Absicherungen im Entwicklungshelfer-Gesetz, im Schornsteinfegergesetz, der Höfeordnung und dem Gesetz zur Alterssicherung der Landwirte.

Rundum, wir fordern die Bundesregierung auf, sich endlich aktiv für eine vollständige rechtliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften zur Ehe einzusetzen.

4) Wir fordern ein Adoptionsrecht, bei dem allein das Wohl des Kindes im Vordergrund steht

Die sexuelle Orientierung der Adoptiveltern darf nicht ausschlaggebend sein bezüglich der Entscheidung ob ein Kind gemeinsam adoptiert werden darf oder nicht. Das Wohl des Kindes muss einziger Maßstab sein. Die Tauglichkeit der potentiellen Adoptiveltern muss im Einzelfall geprüft werden und darf sich nicht



von vornherein auf das unzutreffende Pauschalvorurteil stützen, dass Lesben, Schwule, Transgender, Bi- und Transsexuelle keine guten Eltern sein können.

Diese Forderung ist ein Appell an die Bundes-, sowie die Europapolitik und sieht ihren Kern in der Erweiterung der bisherigen Regelung des Lebenspartnerschaftsgesetzes. Homo-, Bi- und Transsexuelle wollen sich nicht nur mit einer Pflegschaft zufrieden geben, sondern gezielt und rechtlich abgesichert die gemeinsame volle Verantwortung für Kinder übernehmen.

In Europa gehen Großbritannien, die Niederlande, Belgien, Schweden und Spanien mit vorbildlichem Verhalten voran und ermöglichen gleichgeschlechtlichen Paaren seit geraumer Zeit die gemeinsame Adoption von nicht leiblichen Kindern.

Wir fordern alle Parteien auf, sich für die Gleichstellung aller Lebensgemeinschaften einzusetzen, ganz besonders für jene, die für Kinder und/oder pflegebedürftige Menschen Verantwortung übernehmen möchten.

5) Wir fordern die Öffnung des Standesamtes für Verpartnerungen

Wir fordern vom Land Baden-Württemberg und explizit vom Landkreis Konstanz die Öffnung des Standesamtes für die Begründung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. Seit August 2001 können in Deutschland gleichgeschlechtliche Paare „JA“ zu einander sagen und tun dies seit diesem Zeitpunkt in den feierlichen Räumen der Kfz-Zulassungsstelle in Konstanz. In 9 Bundesländern ist das Standesamt auch uns geöffnet, wann nun wird es am Bodensee soweit sein?

Gleichgeschlechtliche Paare werden auf diese Art in unhinnehmbarer Weise diskriminiert. Eine schlüssige Begründung für diese Ungleichbehandlung gibt es nicht.

Wir fordern, dass in ganz Deutschland das Standesamt zu einem Ort für wird, an dem alle ungeachtet ihrer Sexualität und/oder der Sexualität der/des Partnerin/s den Bund fürs Leben schließen können. Die generelle Öffnung der Standesämter für gleichgeschlechtliche Verpartnerungen bedeutet einen großen Schritt in Richtung vollständige Integration von Homo-, Bi- und Transsexuellen und eine nicht nur tolerierende sondern fortschrittliche Gesellschaft.

6) Wir fordern eine Reform und darauf folgende konsequente Umsetzung des Transsexuellengesetzes

Wir fordern von den politischen Parteien sich für eine umfassende Reform des antiquierten TSG von 1980 einzusetzen, damit Transgender und Transsexuelle das Recht bekommen, ihre Lebensweise selbst zu bestimmen.

Derzeit diskutiert der Bundestag über eine Neufassung des TSG. Dieses Gesetz muss so schnell wie möglich verabschiedet werden und eine konsequente Umsetzung muss gewährleistet werden.

Wir fordern eine Passausstellung ohne Geschlechtsangabe und eine signifikante Verkürzung der Verfahrensdauer und somit eine Verringerung der Anzahl bzw. die völlige Aufhebung der notwendigen Gutachten für die Vornamensänderung (die sog. kleine Lösung).

Wir fordern, dass Transsexuelle und –gender das Recht aber nicht die Pflicht haben sollen, sich derart schweren Operationen zu unterziehen, wenn Sie eine Personenstandsänderung erwirken wollen.

Wir fordern eine klare gesetzliche Regelung für die Kostenübernahme durch die Krankenkassen.

7) Wir fordern das Recht intersexueller Menschen zur Selbstbestimmung

Wir fordern den Staat dazu auf, intersexuellen Menschen das Recht auf freie Selbstbestimmung zu gewähren.

Menschen, die mit uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen geboren werden, unterliegen derzeit einer Willkür der Ärzte und Eltern bei der Entscheidung welchem Geschlecht sie für den Rest ihres Lebens angehören sollen.

Das Recht auf Selbstbestimmung zum 18. Lebensjahr wurde selbst vor mehr als hundert Jahren intersexuellen Menschen, damals noch Hermaphroditen genannt, zugestanden. So stellte in [Preußen](#) das Allgemeine Landrecht Hermaphroditen noch frei, sich bis zu ihrer Volljährigkeit entweder für das männliche oder für das weibliche Geschlecht zu entscheiden.

Wir haben uns in den letzten 100 Jahren mehr zurück als nach vorn bewegt. Es wird Zeit diese gewalttätigen Eingriffe zu stoppen. Betroffene Menschen müssen in entsprechendem Alter selbst und selbstbestimmt darüber entscheiden können, ob und welchem Geschlecht sie sich mehr zugehörig fühlen und ob und welcher Operation sie sich gegebenenfalls unterziehen möchten. Solang es eine Geschlechtszuordnung in Ausweisen und amtlichen Dokumenten gibt, ist eine dritte Bezeichnung neben männlich und weiblich, z.B. „ohne Angabe“ einzuführen.

8) Wir fordern eine progressive und vielfältige Sexualpädagogik an Bildungseinrichtungen

Bildung und Erziehung sind Schlüssel zu einer offenen Gesellschaft. Durch toleranzfördernde Unterrichtseinheiten und Lehrbücher soll dies in der Zukunft noch mehr in die Praxis umgesetzt werden. Daher fordern wir eine inhaltliche Überprüfung der Lehrmittel und Neuarbeitung der Lehrpläne und damit die Aufnahme einer modernen und toleranten Sexualpädagogik in der explizit Homo-, Bi- und Transsexualität nicht als minderwertig im Vergleich zur Heterosexualität behandelt werden. Eine Fokussierung im Fachbereich Biologie ist bei weitem nicht ausreichend um Diskriminierung vorzubeugen. Homo-, Bi- und Transsexualität muss ebenfalls Eingang in Deutsch, Geschichte, Politik und Sozialkunde finden. Nur wenn SchülerInnen von Beginn an in allen Lernbereichen, selbst bei der Sachaufgabe im Mathematikbuch aufgezeigt bekommen, dass Heterosexualität nicht automatisch die Norm und somit das ‚Gute‘ heißt, wird in den kommenden Generationen ein Umdenken stattfinden.

Wir fordern daher von der Landesregierung sich für entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen für LehrerInnen einzusetzen, denn nur vorurteilsfreie Menschen werden erfolgreiche sexuelle Aufklärungsarbeit leisten können und somit ein offenes und tolerantes Miteinander bei Kindern und Jugendlichen, den Erwachsenen von morgen, fördern.

Wir fordern außerdem vom Kultusministerium eine deutliche moralische und finanzielle Unterstützung von Aufklärungsprojekten an Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen.

9) Wir fordern deutliche Unterstützung für Gesundheitsprävention und Programme gegen Diskriminierung

Wir fordern die Kommunen und das Land auf, nicht bei den Minoritäten zu sparen und allen eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Durch Kürzungen in kommunalen Haushalten sind viele Projekte und Vereine bedroht.

Wir fordern mehr staatlich geförderte Offensiven und Programme gegen Hassverbrechen zum Nachteil gesellschaftlicher Minderheiten.

Wir fordern eine gezielte Förderung lesbisch-schwuler und transsexueller Projekte und finanzielle Zuschüsse für Vereine, Initiativen und Selbsthilfegruppen.

Wir fordern die Solidarisierung mit integrativen Projekten lesbisch – schwuler und transsexueller Träger. Wir fordern den Ausbau der Gesundheitsprävention, insbesondere bei sexuell übertragbaren Krankheiten wie AIDS, Hepatitis, etc. einschließlich kostenloser Prophylaxemaßnahmen sowie der Krebsvorsorge, z.B. bei Brustkrebs in jedem Alter.

Wir fordern das Landratsamt Konstanz auf, eine anonyme und kostenfreie HIV -Testung zentral in Konstanz zu ermöglichen. Das Gesundheitsamt in Friedrichshafen ermöglicht diese anonyme und kostenfreie Testung – wieso ist dies im Landkreis Konstanz nicht möglich?

10) Wir fordern die Schaffung eines vorurteilsfreien Lebensraumes für ältere Homo-, Bi- und Transsexuelle

Die herkömmliche Altenarbeit ignoriert die Lebenssituation älterer nicht heterosexueller Menschen nahezu vollständig.

Besonders bedrückend ist derzeit die Situation von Schwulen und Lesben in Altenheimen und Altenpflegeeinrichtungen. Zumeist müssen sie ihre sexuelle Identität verbergen, um der Gefahr von Mobbing durch andere Heimbewohner zu entgehen. Gerade für jene Homo- und Bisexuellen, die in ihrer Jugend trotz Strafverfolgung und gesellschaftliche Ächtung -in den Maßstäben der Zeit - selbstbewusst lebten, ist es eine besonders bittere Erfahrung, am Lebensabend wieder die Tarnkappe aufsetzen zu müssen. Die Diskriminierung seitens der Heimleitung reicht bis zu Verboten von Männerbesuch für die schwulen „Insassen“ oder aber der zwangsweise getrennte Unterbringung gleichgeschlechtlicher Paare. Solche Zustände sind höchst entwürdigend.

Deswegen fordern wir, dass Homo-, Bi- und Transsexuelle auch im hohen Alter ein Leben in Würde und ohne Anfeindungen führen können. Die Einrichtungen der traditionellen Altenarbeit müssen sich für die Bedürfnisse dieser Gruppe der Älteren öffnen.

Wir fordern daher eine gezielt Aus- und Weiterbildung des Personals im Hinblick auf die besondere Situation homo-, bi-, und transsexueller Senioren. Alten-Initiativen und Wohnprojekte müssen angemessen aus öffentlichen Mitteln gefördert werden, daher fordern wir von den Ländern und den Kommunen die Aufnahme von Einrichtungen der homosexuellen Altenarbeit in die Altenhilfepläne.

11) Wir fordern von uns selbst

Die Szene der Nicht-Heterosexuellen, der Lesben, Schwulen und Transsexuellen, die sogenannten Community ist aus verschiedensten Gruppierungen zusammengesetzt. Wir fordern, dass innerhalb dieser Community jegliche Art von Diskriminierung, Ausgrenzung oder Ausbeutung insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung, Älteren und jenen die keinem schwulesbischen Klischee entsprechen, unterlassen wird.

Wir fordern Akzeptanz innerhalb der Community, denn nur was wir selbst vorleben, können wir von anderen erwarten. Jegliche Art von Vielfältigkeit ist immer ein Zugewinn und macht unsere Community bunter, mannigfaltiger, breiter, größer, wirkungsvoller und durchsetzungsfähiger.

Abschließend fordern wir, dass sich die Community ebenfalls konsequent für die Älteren Mitglieder einsetzt. Homo-, Bi- und Transsexuelle Senioren und Seniorinnen von heute waren und sind Mitstreiter für unser aller Rechte. Sie haben erreicht, was wir heute als normal empfinden. Lasst uns mit diesem Erbe weiterhin verantwortungsvoll umgehen und uns für die Zukunft ganz besonders der Pflege und Fürsorge für das Alter annehmen.

[1] In einem erweiterten Artikel 3 Absatz 3 GG soll es in Zukunft heißen:

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seiner sexuellen Identität, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“



Nähere Informationen gibt es auf unserer Homepage: www.csd.konstanz.de

GAYMEINSAM - LIEBE AN ALLEN UFERN !

Über den CSD in Konstanz e.V.

Der CSD in Konstanz e.V. ist Veranstalter des zweijährlichen Christopher Street Day (CSD) in Konstanz am Bodensee. Der Vereinszweck ist es, die Öffentlichkeit über die Lebensbedingungen von gesellschaftlichen Minderheiten insbesondere homo-, bisexueller und transgender Menschen aufzuklären.

Der Verein verfolgt dies insbesondere dadurch, dass er öffentliche Veranstaltungen, wie die politische CSD Demonstration durchführt, bei denen die Vielfalt und die vorhandenen Probleme sichtbar gemacht werden.

Durch aktive Presse- und Medienarbeit sowie ein ausgefeiltes Werbekonzept macht der CSD lautstark auf sich und seine Klientel aufmerksam - immer mit dem Ziel, realistisch und hautnah über die Lebensweisen der homosexuellen Bevölkerung zu informieren und Vorurteile abzubauen. Damit wird nicht nur dem Vereinsziel Rechnung getragen, sondern auch Konstanz in ein weltoffenes Licht gerückt. Standortwerbung einmal anders.

2005 nahmen laut Angaben der Konstanzer Polizei etwa 3.500 Zuschauer an der Demonstration des CSD durch die Altstadt teil.

Pressekontakt

Stefan Baier

1. Vorstand & Gesamtleitung

Telefon: +49 173 325 79 39

E-Mail: StefanBaier@csd-konstanz.de

CSD Konstanz e.V.

Postfach 5068

78429 Konstanz

Bildmaterial

Druckfähiges und freigegebenes Bildmaterial zum CSD Konstanz steht auf unserer Homepage www.csd-konstanz.de unter Gallery zum Download bereit.